

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	1
A. Wesentliche Ergebnisse	2
1. Der Bund	2
2. Die Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich	3
3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich	3
4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	3
5. Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes	4
6. Ausgleichsabgabe des Bundes	4
7. Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 2002 bis 31. Oktober 2003	4
8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes	4
9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten	6
B. Statistische Übersichten Anlagen 1a bis 1h	7

Zusammenfassung

Die Bundesministerien und die sonstigen Bundesdienststellen jeweils mit ihren nachgeordneten Dienststellen be-

schäftigen im Berichtsjahr 2003 – zusammengefasst – einen Anteil schwerbehinderter Menschen von 7,1 Prozent. Damit wurde wiederum ein vorbildliches Gesamtergebnis erreicht. Erfreulich ist, dass die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen trotz weiteren Rückgangs der Gesamtzahl der zu zählenden Arbeitsplätze nochmals gesteigert werden konnte. Die geforderte Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen von 5 bzw. 6 Prozent für den öffentlichen Dienst des Bundes ist damit erneut deutlich überschritten, und der öffentliche Dienst wird im Bereich des Bundes seiner Vorbildfunktion abermals gerecht. Es hat sich gezeigt, dass es auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten möglich ist, die Beschäftigungssituation der auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligten schwerbehinderten Menschen spürbar zu verbessern.

Die Zahl der schwerbehinderten Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt ist im Berichtszeitraum um 293 von 7 107 auf 7 400 und damit um 4,1 Prozent gestiegen. Der schon immer hohe Frauenanteil an den beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche konnte damit nochmals leicht gesteigert werden (35,0 auf 35,1 Prozent). Frauen besetzen mehr als ein Drittel aller mit schwerbehinderten Menschen besetzten Pflichtarbeitsplätze. Auch bei den Neueinstellungen werden die Bemühungen zu einer Verbesserung der Situation schwerbehinderter Frauen deutlich. Der Anteil der Frauen an den Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen beträgt 44,3 Prozent. Damit erweist sich der öffentliche Dienst des Bundes als vorbildlich bei der gesetzlich vorgeschriebenen angemessenen Berücksichtigung schwerbehinderter Frauen.

Bei der Gegenüberstellung von Zu- und Abgängen beschäftigter schwerbehinderter Menschen ergibt sich ein positiver Saldo (+ 228). Die Zahl der erstmaligen Anerkennungen als schwerbehinderter Mensch und der Gleichstellungen von behinderten Menschen blieb im

Berichtszeitraum hinter dem Vorjahreswert zurück (– 197). Der Anteil schwerbehinderter Menschen bei den Neueinstellungen erreichte im Berichtsjahr den Wert des Vorjahres (4,1 Prozent).

Bei der Darstellung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren für das Kalenderjahr 2003 noch nicht vorliegen und deshalb auf die Angaben der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2002 zurückgegriffen werden muss. Die vergleichende Bezugnahme auf die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes ist daher nicht aussagekräftig.

Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den öffentlichen Arbeitgebern insgesamt (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammengefasst) beträgt im Berichtsjahr 2002 5,2 Prozent und liegt damit um 0,1 Prozentpunkt über dem Ergebnis des Jahres 2001. Die Beschäftigungsquote ist seit dem Jahr 1992 nahezu gleich bleibend. Dabei ist festzustellen, dass die Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst in den neuen Ländern seit 1994 fast stetig angestiegen ist (von 3,4 auf 4,9 Prozent). In den alten Ländern hat sich die Beschäftigungsquote im abgelaufenen Berichtsjahr um 0,1 Prozentpunkt auf nunmehr 5,3 Prozent erhöht.

Bei den privaten Arbeitgebern blieb im Jahr 2002 die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im gesamten Bundesgebiet mit 3,4 Prozent unverändert. In den alten Ländern ist die Beschäftigungsquote ebenfalls bei 3,4 Prozent konstant geblieben. In den neuen Ländern ist wiederum eine Steigerung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen zu verzeichnen. Die Quote beträgt nun 3,1 Prozent.

Das Beispiel des öffentlichen Dienstes des Bundes zeigt, dass sich die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen verbessert hat. Das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vom 23. April 2004 setzt die Politik der Herstellung benachteiligungsfreier Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen fort.

Zur Unterstützung einer tatsächlichen Verbesserung der Situation behinderter und schwerbehinderter Menschen bei der Teilhabe am Arbeitsleben initiiert das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung die Initiative „job – Jobs ohne Barrieren“ – Initiative für Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen und betriebliche Prävention. Partner sind Arbeitgeber, Gewerkschaften, Behindertenverbände und -organisationen, die Bundesagentur für Arbeit, die Integrationsämter, Rehabilitationsträger sowie Rehabilitationsdienste und -einrichtungen, der Beirat für die Teilhabe behinderter Menschen und weitere Organisationen. Mit der Initiative „job“ soll – auch in wirtschaftlich und konjunkturell schwierigen Zeiten – erreicht werden, dass behinderte und schwerbehinderte Menschen die Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben besser realisieren können.

Mit der Initiative werden folgende Ziele verfolgt:

- Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Arbeitgeber und Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für behinderte und schwerbehinderte Jugendliche,
- Verbesserung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben und
- Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft in Unternehmen, Betrieben und Dienststellen mittels Förderung betrieblicher Prävention durch Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements.

Die Initiative baut noch bestehende Vorbehalte auf der Arbeitgeberseite gegenüber der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen ab. Für die Verbesserung der Beschäftigungssituation ist ein tragfähiges Netzwerk mit anderen Akteuren in der Behindertenpolitik notwendig. Dafür wird sich die Bundesregierung einsetzen und im Rahmen der Initiative „Job – Jobs ohne Barrieren“ Erfahrungen von Unternehmen und Projekten auf diesem Gebiet bekannt machen und für andere Unternehmen zur Nachahmung zur Verfügung stellen.

A. Wesentliche Ergebnisse¹

1. Der Bund

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen² beim Bund (§ 71 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 77 Abs. 8 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX) hat sich im Jahr 2003 weiter verbessert. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen stieg gegenüber dem Vorjahr nochmals um 0,4 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 7,1 Prozent. Der Bund erfüllt somit im Jahr 2003 die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen wie in den vergangenen Jahren vorbildlich.

Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze stieg erneut an, obwohl sich die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um 3 573 (– 1,18 Prozent) und damit auch die Zahl der zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) um 215 (– 1,27 Prozent) verringerte. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der besetzten Arbeitsplätze um 807 (+ 3,98 Prozent). Damit sind 4 369 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben.

Detaillierte Aufstellungen über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes sind als Anlagen 1a und 1b beigelegt.

¹ Die Angaben beruhen auf den Anzeigen der obersten Bundesbehörden und der sonstigen Bundesdienststellen i. S. des § 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX. Sie sind nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 14. April 2005 von den für das Anzeigeverfahren nach § 80 Abs. 2 SGB IX für die obersten Bundesbehörden und die sonstigen Bundesdienststellen zuständigen Agenturen für Arbeit in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht geprüft und, soweit notwendig, berichtigt worden.

² Einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen und sonstiger anrechnungsfähiger Personen, im Folgenden nur „schwerbehinderte Menschen“ genannt.

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen beim Bund 2002 und 2003

	2002	2003
Zu zählende Arbeitsplätze*	301.688	298.115
Zahl der Pflichtarbeitsplätze**	16.940	16.725
Besetzte Arbeitsplätze	20.287	21.094
Beschäftigungsquote	6,7 %	7,1 %

* Darin sind die Einzeldaten für den Bundesnachrichtendienst (2 2) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (4 1.9), die wegen ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit nicht veröffentlicht werden, nicht enthalten.

** Abweichend von § 71 Abs. 1 SGB IX beträgt die Pflichtquote für die in § 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX genannten öffentlichen Arbeitgeber des Bundes weiterhin 6 Prozent, wenn sie am 31. Oktober 1999 auf mindestens 6 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigt hatten (§ 159 Abs. 1 SGB IX). In der Summe der Pflichtarbeitsplätze sind sowohl öffentliche Arbeitgeber mit einer Pflichtquote von 5 Prozent als auch mit 6 Prozent zusammengefasst.

2. Die Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien (mit ihren nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX), aber ohne die Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, beim Bundesverfassungsgericht, bei den obersten Gerichtshöfen des Bundes, beim Bundesgerichtshof (zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt) sowie beim Bundeseisenbahnvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 7,1 Prozent.

Die Bundesministerien mit nachgeordnetem Bereich erfüllen im Jahr 2003 insgesamt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen wie in den vergangenen Jahren vorbildlich. Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3 362 (– 1,16 Prozent). Damit ist auch die Zahl der zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) um 203 (– 1,24 Prozent) zurückgegangen.

Trotz dieses Rückgangs stieg die Zahl der besetzten Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr erneut um 764 (+ 3,9 Prozent) an. Damit sind 4 176 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben (siehe Tabelle oben rechts).

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1c beigelegt.

3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien (ohne Berücksichtigung

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich 2002 und 2003

	2002	2003
Zu zählende Arbeitsplätze	290.700	287.338
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	16.362	16.159
Besetzte Arbeitsplätze	19.571	20.335
Beschäftigungsquote	6,7 %	7,1 %

der nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes hat sich bei einem leichten Anstieg der Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze um 17 (+ 0,9 Prozent) gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Zahl der besetzten Arbeitsplätze stieg gegenüber dem Vorjahr um 52 (+ 3,91 Prozent). Damit sind 291 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 7,2 Prozent.

Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich erfüllen damit wie auch in den vergangenen Jahren im Jahr 2003 insgesamt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen.

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien 2002 und 2003

	2002	2003
Zu zählende Arbeitsplätze	19.310	19.327
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	1.092	1.092
Besetzte Arbeitsplätze	1.331	1.383
Beschäftigungsquote	6,9 %	7,2 %

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1d beigelegt.

4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht

Bei den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht im Sinne des § 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX gingen die zu zählenden Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um 1 042 (– 0,41 Prozent) zurück. Die Zahl der besetzten Pflichtarbeitsplätze stieg dagegen um 949 (+ 5,67 Prozent). Die Beschäftigungsquote beträgt nunmehr 7,1 Prozent und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahresergebnis.

Damit erfüllen auch die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen.

Tatsächlich sind 3 874 mehr Arbeitsplätze besetzt als gesetzlich vorgeschrieben.

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei
Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des
öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht
2002 und 2003**

	2002	2003
Zu zählende Arbeitsplätze	251.260	250.218
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	13.730	13.798
Besetzte Arbeitsplätze	16.723	17.672
Beschäftigungsquote	6,7 %	7,1 %

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1e beigelegt.

5. Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes

Die Quoten bei privaten Arbeitgebern und öffentlichen Arbeitgebern stellen sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahre 2002 (Stichmonat Oktober) wie folgt dar (die Zahlen für 2003 – Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX – liegen noch nicht vor):

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
in den Ländern 2002**

Länder	Private Arbeitgeber	Öffentliche Arbeitgeber*
Baden-Württemberg	3,5 %	4,9 %
Bayern	2,9 %	4,9 %
Berlin	3,7 %	5,4 %
Brandenburg	3,0 %	4,6 %
Bremen	3,3 %	5,7 %
Hamburg	3,0 %	5,3 %
Hessen	3,4 %	6,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	3,3 %	5,3 %
Niedersachsen	3,4 %	4,9 %
Nordrhein-Westfalen	3,9 %	5,4 %
Rheinland-Pfalz	3,2 %	5,4 %
Saarland	3,1 %	5,7 %
Sachsen	2,7 %	4,6 %
Sachsen-Anhalt	2,8 %	4,6 %
Schleswig-Holstein	3,1 %	5,2 %
Thüringen	3,2 %	4,9 %
Bundesgebiet insgesamt	3,4 %	5,2 %
davon:		
Bundesgebiet West	3,4 %	5,3 %
Bundesgebiet Ost	3,1 %	4,9 %

* Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammengefasst

Bei den privaten Arbeitgebern ist die Gesamtbeschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im Jahre 2002 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei den öffentlichen Arbeitgebern ist sie 2002 um 0,1 Prozentpunkt gestiegen.

6. Ausgleichsabgabe des Bundes

Der Bund als Arbeitgeber der öffentlichen Hand im Sinne von § 77 Abs. 8 SGB IX hat auch für das Jahr 2003 keine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da er insgesamt mit 7,1 Prozent mehr als 6 Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigt (§ 71 Abs. 1 i. V. m. § 77 Abs. 1 und 8 und § 159 Abs. 1 SGB IX).

7. Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 2002 bis 31. Oktober 2003

Unter Berücksichtigung

- der Zahl der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen,
- der Quote der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen, bezogen auf die
- Zahl der Neueinstellungen insgesamt und
- der Zahl der ausgeschiedenen schwerbehinderten Menschen einschließlich des Wegfalls der Schwerbehinderung oder der Gleichstellung

stellt sich die Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (bei den Bundesressorts einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und den sonstigen obersten Bundesbehörden) im Berichtszeitraum wie in der Tabelle auf Seite 5 oben aufgeführt dar:

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1f beigelegt.

395 Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen bedeuten bei insgesamt 9 654 Neueinstellungen – wie im Vorjahr – einen Anteil von 4,1 Prozent. Die Gegenüberstellung der Zu- und Abgänge beschäftigter schwerbehinderter Menschen ergibt einen positiven Saldo (+ 228). Die Zahl der erstmaligen Anerkennungen als schwerbehinderter Mensch und der Gleichstellung von behinderten Menschen blieb im Berichtszeitraum hinter dem Vorjahreswert zurück (– 197).

8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes

Die Zahl der schwerbehinderten Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt ist im Berichtszeitraum um 293 von 7 107 auf 7 400 und damit um 4,1 Prozent gestiegen. Der schon immer hohe Frauenanteil an den beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

	2002			2003		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Neueinstellungen (insgesamt)	11.627	6.639	4.988	9.654	5.543	4.111
darunter schwerbehinderte Menschen	474 (4,1 %)	305	169	395 (4,1 %)	220	175
Erstmalige Anerkennung als schwerbehinderter Mensch/Gleichstellung von behinderten Menschen	1.844	1.241	603	1.647	1.099	548
Ausscheiden oder Wegfall der Schwerbehindertenei- genschaft bzw. Gleichstel- lung	2.096	1.430	666	1.814	1.184	630
Saldo	222	116	106	228	135	93

Beschäftigung schwerbehinderter Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes 2002 und 2003

		2002	2003
Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	20.287 7.107 35,0	21.094 7.400 35,1
Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	19.571 6.903 35,3	20.335 7.182 35,3
Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	1.331 493 37,0	1.383 512 37,0
Sonstige Bundesdienststellen	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	716 204 28,5	759 218 28,7
Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	16.723 9.040 54,1	17.672 9.618 54,4
Zahl der Neueinstellungen (Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Bereich)	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	11.627 4.988 42,9	9.654 4.111 42,6
darunter schwerbehinderte Menschen	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	474 169 35,7	395 175 44,3

Geschäftsbereiche konnte damit nochmals leicht gesteigert werden (35,0 auf 35,1 Prozent).

Einzelheiten sind aus der Anlage 1f ersichtlich.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages hatte die obersten Bundesbehörden gebeten, für die Berichtsjahre 2001 und 2002 darzustellen, welche Positionen (Dienstposten) schwerbehinderte Frauen bekleiden. Diese Darstellung wird ab dem Berichtsjahr 2003 dauerhaft fortgeschrieben. Die Auswertungen zeigen gegenüber den Vorjahren 2001 und 2002 einen leicht höheren Anteil der Frauen im gehobenen und höheren Dienst. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen (nur höherer Dienst) ist ebenfalls leicht angestiegen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass

- rund 83 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im einfachen und mittleren Dienst,
- rund 12 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im gehobenen Dienst,
- rund 3,5 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im höheren Dienst

beschäftigt sind. Rund 1,5 Prozent beträgt der Anteil der schwerbehinderten Frauen in Führungspositionen (nur höherer Dienst).

Einzelheiten sind aus der Anlage 1g ersichtlich.

9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten

Im Jahr 2003 sind von Bundesdienststellen (Bundesministerien und sonstige Bundesdienststellen) Aufträge in einem Gesamtvolumen von 2 174 441 Euro an (anerkannte) Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten vergeben worden.

Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten 2002 und 2003

	2002	2003
Bundesministerien		
Sonstige Bundesdienststellen	1.599.391 € 83.688 €	1.855.103 € 319.338 €
Gesamt	1.683.079 €	2.174.441 €

Das Gesamtvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um 29,19 Prozent.

Eine Aufstellung über die Verteilung des Gesamtauftragsvolumens auf die einzelnen Bundesressorts und sonstigen Bundesdienststellen, getrennt nach Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten, ist als Anlage 1h beigefügt.

B. Statistische Übersichten

Anlage 1a

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

Stichmonat: Oktober 2003

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
1 1	Bundespräsidialamt	161	10	9	4	5,6
	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	26	2	2	0	7,7
2 1	Bundeskanzleramt (5%)	419	21	20	5	4,8
	Bundesnachrichtendienst (5%) ¹	0	0	0	0	4,3
3	Auswärtiges Amt² (5%)	2.824	141	118	46	4,2
4	Bundesministerium des Innern (5%)					
1.1	Ministerium 1. Nachgeordneter Bereich	1.481	74	92	30	6,2
1.2	Der Bundesdisziplinaranwalt	15	0	2	0	13,3
1.3	Statistisches Bundesamt	2.682	134	248	117	9,3
1.4	Bundesverwaltungsamt	2.380	119	201	84	8,4
1.5	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	310	16	22	3	7,1
1.6	Bundeszentrale für politische Bildung	187	9	11	6	5,9
1.7	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	31	2	2	1	6,5
1.8	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	2.226	111	333	161	15,0
1.9	Bundesamt für Verfassungsschutz					
1.10	Bundeskriminalamt <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	2.636	132	187	75	7,1
	<i>mit Polizeivollzugsbeamten</i>	4.812	241	208	78	4,3
1.11	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	883	44	54	14	6,1
1.12	Beschaffungsamt des Bundesministeriums	221	11	27	8	12,2

¹ Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

² Das Auswärtige Amt teilt dazu mit, dass es zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen muss. Neben körperlichen Mindestvoraussetzungen setzt die Einstellung in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern (Bewerberquote unter 1 %).

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3	
				insges.	davon Frauen		
1	2	3	4	5	5a	6	
4	1.13.1	Grenzschutzpräsidium Süd <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	1.387 7.244	69 362	153 185	54 55	11,0 2,6
	1.13.2	Grenzschutzpräsidium Mitte <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	862 5.297	43 265	145 192	68 70	16,8 3,6
	1.13.3	Grenzschutzpräsidium West <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	1.659 6.961	100 348	170 177	83 88	10,30 2,5
	1.13.4	Grenzschutzpräsidium Nord <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	1.519 7.273	76 364	178 248	60 63	11,7 3,4
	1.13.5	Grenzschutzpräsidium Ost <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	2.160 10.395	108 520	132 183	72 80	6,1 1,8
	1.13.6	Grenzschutzschule <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	372 557	22 28	32 33	16 16	8,6 5,9
	1.13.7	Grenzschutzdirektion <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten	277 495	14 25	21 22	7 7	7,6 4,4
	1.14	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	371	19	15	3	4,0
	1.15	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	2.372	119	205	122	8,6
	1.16	Bundesausgleichsamt	31	2	6	2	19,4
	1.17	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	28	1	1	0	3,6
	1.18	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	145	7	13	2	9,0
		BMI und nachgeordnete Dienststellen¹ <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i> mit Polizeivollzugsbeamten ²	24.235 56.397	1.232 2.820	2.250 2.480	988 1.010	9,3 4,4

¹ Ohne lfd. Nr. 1.9

² Das Bundesministerium des Innern teilt dazu mit: Soweit im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen schwerbehinderte Menschen grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 5% schwerbehinderte Menschen beschäftigt werden. Ohne Polizeivollzugsbeamte liegt die Quote beim Bundesministerium des Innern mit nachgeordnetem Bereich bei 9,3%.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
5	Bundesministerium der Justiz					
1.1	Ministerium	619	37	56	21	9,1
1.2	Bundespatentgericht	263	16	26	17	9,9
1.3.1	Deutsches Patent- und Markenamt	2.112	127	165	66	7,8
1.3.2	Dienststelle Jena	337	20	26	15	7,7
1.4	Bundesdisziplinargericht	18	1	4	2	22,2
	BMJ und nachgeordnete Dienststellen	3.349	201	277	121	8,3
6	Bundesministerium der Finanzen (5%)					
1.1	Ministerium und Bundeshauptkasse	2.092	105	202	63	9,7
1.2	Bundeswertpapierverwaltung	431	22	39	23	9,1
1.3	Bundesmonopolverwaltung	363	18	20	6	5,5
1.4	Bundesamt für Finanzen	1.340	67	89	33	6,6
1.5.1	Oberfinanzdirektion Berlin ¹	1.355	68	120	43	8,9
1.5.2	Hamburg	5.285	264	286	113	5,4
1.5.3	Hannover	3.523	176	207	62	5,9
1.5.4	Karlsruhe	4.478	224	247	84	5,5
1.5.5	Koblenz	4.998	250	328	113	6,6
1.5.6	Köln	5.360	268	398	133	7,4
1.5.7	Zollkriminalamt	3.120	156	123	38	3,9
1.5.8	Nürnberg	5.768	288	332	91	5,8
1.5.9	Chemnitz	2.873	144	113	44	3,9
1.5.10	Cottbus	4.332	217	247	106	5,7
1.5.11	Erfurt	737	37	51	34	6,9
1.5.12	Magdeburg	990	50	75	37	7,6
1.5.13	Rostock	785	39	90	45	11,5
1.5.14	Bundesamt z. Regelung offener Vermögensfragen	310	16	31	21	10,0
1.5.15	Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung	558	28	37	8	6,6
	BMF und nachgeordnete Dienststellen	48.698	2.435	3.035	1.097	6,2

¹ Auf den unter Nummern 1.5.1 bis 1.5.13 aufgeführten Arbeitsplätzen werden zu einem erheblichen Teil Vollzugsbeamte im Grenzzoll-dienst, Zollfahndungsdienst und Forstbetriebsdienst beschäftigt. Wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen können schwerbehinderte Menschen in diesem Bereich grundsätzlich nicht verwendet werden.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3	
				insges.	davon Frauen		
1	2	3	4	5	5a	6	
6	2	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	0	1	0	8,3
	3	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	979	59	64	27	6,5
	4	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank (5%)	2.609	131	63	32	2,4
	5	Kreditanstalt für Wiederaufbau (5%)	1.867	93	102	50	5,5
	6	Versorgungsanstalt deutscher Bezirks-schornsteinfegermeister (5%)	16	0	1	1	6,3
	7	Bundessteuerberaterkammer (5%)	32	1	0	0	0
	8	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1.597	96	134	62	8,4
	9	Museumsstiftung Post u. Telekommunikation (5%)	116	6	7	5	6,0
	10	Unfallkasse Post und Telekom (5%)	223	11	9	5	4,0
	11	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (5%)	1.194	60	61	17	5,1
	7	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit					
1.1		Ministerium	1.866	112	152	57	8,1
1.2.1		Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig	1.315	79	72	17	5,5
1.2.2		Physikalisch-Technische Bundesanstalt Berlin	362	22	27	6	7,5
1.3		Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	588	35	58	29	9,9
1.4		Bundesagentur für Außenwirtschaft	156	9	11	4	7,1
1.5		Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1.451	87	92	36	6,3
1.6		Bundeskartellamt	274	16	19	8	6,9
1.7		Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	708	42	37	10	5,2
1.8		Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	2.457	147	174	64	7,1
1.9	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	567	34	68	34	12,0	
	BMWA und nachgeordnete Dienststellen		9.744	585	710	265	7,3
2	Bundesagentur für Arbeit ¹	89.078	5.345	7.689	4.269	8,6	

¹ Einschließlich Fachhochschule Mannheim

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- arbeits- plätze	Besetzte		Spalte 5 in % der Spalte 3
				Pflichtarbeitsplätze insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
8	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft					
1.1	Ministerium	1.007	60	76	21	7,5
1.2	Bundessortenamt	431	26	21	11	4,9
1.3	Forschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode	794	48	48	19	6,0
1.4	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	653	39	56	20	8,6
1.5	Bundesanstalt für Milchforschung	216	13	17	10	7,9
1.6	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	220	13	20	11	9,1
1.7	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	200	12	18	8	9,0
1.8	Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung	188	11	9	4	4,8
1.9	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	492	30	32	10	6,5
1.10	Bundesanstalt für Fleischforschung	136	8	8	6	5,9 ¹
1.11	Bundesforschungsanstalt für Ernährung	179	11	13	8	7,3
1.12	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information	68	4	1	0	1,5
1.13	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	449	27	28	11	6,2
1.14	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	312	19	16	9	5,1
	BMVEL und nachgeordnete Dienststellen	5.345	321	363	148	6,8
2	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1.206	72	98	44	8,1
3	Bundesinstitut für Risikobewertung	581	35	43	24	7,4

¹ Entspricht einer Quote von 6 %

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
9	Bundesministerium der Verteidigung					
1.1	Ministerium	2.274	136	130	41	5,7
1.2	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	11.456	687	899	142	7,9
1.3	Bundesamt für Wehrverwaltung	2.126	128	63	31	3,0
1.4	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	154	9	4	2	2,6
1.5	Katholisches Militärbischofsamt	113	7	2	1	1,8
1.6.1	Wehrbereichsverwaltung Nord	34.610	2.077	3.253	1.004	9,4
1.6.2	Wehrbereichsverwaltung West	29.689	1.781	2.833	923	9,5
1.6.3	Wehrbereichsverwaltung Süd	26.077	1.565	2.381	828	9,1
1.6.4	Wehrbereichsverwaltung Ost	12.380	743	791	380	6,4
1.7	Bundessprachenamt	940	56	68	38	7,2
1.8.1	Universität der Bundeswehr Hamburg	639	38	31	14	4,9
1.8.2	Universität der Bundeswehr München	966	58	59	29	6,1
1.9	Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr	1.322	79	91	26	6,9
	BMVg und nachgeordnete Dienststellen	122.746	7.365	10.605	3.459	8,6
10	Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend					
1.1	Ministerium	517	31	47	26	9,1
1.2	Bundesamt für Zivildienst	1.005	60	92	43	9,2
1.3	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	13	1	0	0	0
	BMFSFJ und nachgeordnete Dienststellen	1.535	92	139	69	9,1

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
11	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung					
1.1	Ministerium	1.162	70	108	51	9,3
1.2	Robert Koch-Institut	713	43	51	34	7,2
1.3	Bundesinstitut für Arzneimittel u. Medizinprodukte	1.061	64	60	42	5,7
1.4	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	144	9	9	5	6,3
1.5	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	119	7	8	3	6,7
1.6	Paul-Ehrlich-Institut	593	36	68	32	11,5
1.7	Bundesversicherungsamt	471	28	41	16	8,7
	BMGS und nachgeordnete Dienststellen	4.263	256	345	183	8,1
2	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (5%)	29.801	1.490	1.826	1.217	6,1
3	Gesamtverband d. landwirtsch. Alterskassen (5%)	32	2	2	1	6,3
4	Landwirtschaftliche Alterskassen (5%/6%)	134	7	8	4	6,0
5	Gewerbliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	21.072	1.135	1.395	757	6,6
6	Landwirtsch. Berufsgenossenschaften (5%/6%)	672	37	41	18	6,1
7	Bundeknappschaft (5%)	13.927	696	930	532	6,7
8	Bahnversicherungsanstalt (5%)	1.303	65	89	46	6,8
	Eisenbahnunfallkasse	180	9	6	0	3,3
9	Bundesverband der Ortskrankenkassen (5%)	375	19	18	12	4,8
10	Bundesverband der Betriebskrankenkassen einschl. BBK Akademie	421	21	24	12	5,7
11	Bundesverband der Innungskrankenkassen (5%)	252	13	14	4	5,6
12	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (5%)	81	4	2	2	2,5
13	Kassenärztliche Bundesvereinigung (5%)	197	10	7	4	3,6
14	Innungskrankenkassen (5%)	1.441	74	42	31	2,9
15	Betriebskrankenk., die nach § 147 Abs. 2 SGB V die Personalkosten übernommen haben (5%)	12.220	611	468	279	3,8
16	Angestellten-Ersatzkassen (5%)	43.129	2.156	2.689	1.390	6,2
17	Arbeiter-Ersatzkassen (5%)	1.908	96	70	30	3,7
18	Bundesverb. der landwirtsch. Krankenkassen (5%)	90	4	3	1	3,3
19	Landwirtschaftliche Krankenkassen	242	14	16	4	6,6
20	Unfallkasse des Bundes	5.255	315	577	252	11,0

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen					
1.1	Ministerium	1.628	98	106	30	6,5
1.2	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten	9	1	4	2	44,4
1.3	Deutscher Wetterdienst - Zentralamt -	2.755	165	139	48	5,0
1.4	Kraftfahrt-Bundesamt	976	59	115	59	11,8
1.5	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	853	51	75	19	8,8
1.6	Luftfahrt-Bundesamt	418	25	21	6	5,0
1.6.1	Luftfahrt-Bundesamt - Verwaltungsstelle Flugsicherung	32	2	1	1	3,1
1.7	Bundesanstalt für Straßenwesen	409	25	22	7	5,4
1.8	Bundesanstalt für Gewässerkunde	344	21	26	8	7,6
1.9	Bundesanstalt für Wasserbau	446	27	24	10	5,4
1.10	Wasser- und Schifffahrdirektionen:					
1.10.1	Nord	2.674	160	185	30	6,9
1.10.2	Nordwest	1.335	80	104	13	7,8
1.10.3	Mitte	1.612	97	99	77	6,1
1.10.4	West	1.736	104	151	34	8,7
1.10.5	Südwest	2.348	141	162	42	6,9
1.10.6	Süd	1.622	97	111	25	6,8
1.10.7	Ost	2.882	173	191	65	6,6
1.11	Bundesamt für Güterverkehr	1.550	93	84	31	5,4
1.12	Eisenbahn-Bundesamt	1.296	78	37	14	2,9
1.13	Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	35	2	2	0	5,7 ¹
1.14	Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung	11	1	0	0	0,0
1.15	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	647	39	43	19	6,6
	BMVBW und nachgeordnete Dienststellen	25.618	1.537	1.702	540	6,6
2	Bundeseisenbahnvermögen (BEV) (5%)	5.471	274	405	59	7,4

¹ Entspricht einer Quote von 6 %

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
13	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit					
1.1	Ministerium	878	53	76	29	8,7
1.2	Umweltbundesamt	1.124	67	115	52	10,2
1.3	Bundesamt für Naturschutz	308	18	21	12	6,8
1.4	Bundesamt für Strahlenschutz	731	44	58	24	7,9
	BMU und nachgeordnete Dienststellen	3.041	182	270	117	8,9
14	Bundesministerium für Bildung und Forschung	1.033	62	87	33	8,4
	Bundesinstitut für Berufsbildung	451	23	21	10	4,7
15	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	623	37	39	19	6,3
16	Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	563	34	52	31	9,2
17	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien					
1.1	Beauftragte	180	11	13	5	7,2
1.2	Nachgeordneter Bereich Bundesarchiv	790	47	71	30	9,0
1.3	Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte	9	0	0	0	0
	BKM und nachgeordnete Dienststellen	979	58	84	35	8,6
2	Deutsche Bibliothek	739	44	50	34	6,8
3	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2.054	123	147	88	7,2
4	Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (5%)	152	8	3	3	2,0
5	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	11	1	0	0	0

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insges.	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
18	Präsident des Bundesrechnungshofes¹ (5%)					
1.1	Bundesrechnungshof	653	33	35	15	5,4
1.2	Prüfungsämter des Bundes	606	30	42	9	6,9
		1.259	63	77	24	6,1
19	Deutscher Bundestag	2.397	144	130	63	5,4
20	Bundesrat (5%)	204	10	10	5	4,9²
21	Bundesverfassungsgericht (5%)	163	8	8	3	4,9²
22	Bundesgerichtshof und Generalbundesanwalt (5%)					
1.1	Bundesgerichtshof	210	11	20	8	9,5
1.2.1	Generalbundesanwalt (o. Bundeszentralregister)	192	10	17	11	8,9
1.2.2	Bundeszentralregister	330	17	26	15	7,9
		732	37	63	34	8,6
23	Bundesverwaltungsgericht	142	9	14	6	9,9
24	Bundesarbeitsgericht	105	6	8	4	7,6
25	Bundessozialgericht	159	10	26	10	16,4
26	Bundesfinanzhof	119	7	16	10	13,5
27	Deutsche Bundesbank	14.569	874	952	351	6,5

¹ Der Präsident des Bundesrechnungshofes teilt dazu mit: Die Einstellung schwerbehinderter Menschen im Bereich des höheren und gehobenen Prüfungsdienstes ist insofern schwierig, als die mit der Durchführung von Prüfungen verbundene Reisetätigkeit den Einsatz von in der Mobilität eingeschränkten schwerbehinderten Menschen sehr erschwert und oftmals sogar ganz unmöglich macht.

² Entspricht einer Quote von 5 %

Anlage 1b

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich und sonstige
Bundesdienststellen - § 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX)**

Stichmonat: Oktober 2003

Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10. 2003	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz + / - in Prozentpunkten
BPrA	161	9	5,6	5,6	0,0
Bund-Länder-Kommission	26	2	7,7	8,3	-0,6
BK *	419	20	4,8	4,3	0,5
Auswärtiges Amt	2.824	118	4,2	4,2	0,0
<i>BMI ohne Polizeivollzugsbeamte (PVB)</i>	24.235	2.250	9,3	9,5	-0,2
BMI mit PVB	56.397	2.480	4,4	4,5	-0,1
BMJ	3.349	277	8,3	8,1	0,2
BMF	48.698	3.035	6,2	5,9	0,3
BMWA	9.744	710	7,3	7,6	-0,3
BMVEL	5.345	363	6,8	6,8	0,0
BMVg	122.746	10.605	8,6	8,0	0,6
BMFSFJ	1.535	139	9,1	7,9	1,2
BMGS	4.263	345	8,1	7,9	0,2
BMVBW	25.618	1.702	6,6	6,1	0,5
BMU	3.041	270	8,9	8,4	0,5
BMBF	1.033	87	8,4	7,9	0,5
BMZ	623	39	6,3	6,2	0,1
BPA	563	52	9,2	9,3	-0,1
BKM	979	84	8,6	8,4	0,2
BVerfG	163	8	4,9	5,0	-0,1
BRH	1.259	77	6,1	5,9	0,2
BT	2.397	130	5,4	5,0	0,4
BR	204	10	4,9	3,2	1,7
BGH / GBA	732	63	8,6	8,4	0,2
BVerwG	142	14	9,9	8,8	1,1
BAG	105	8	7,6	4,5	3,1
BSG	159	26	16,4	16,9	-0,5
BFH	119	16	13,5	13,4	0,1
BEV	5.471	405	7,4	6,7	0,7
Summe 31. 10. 2003	298.115	21.094	7,1	6,7	0,4
Summe Vorjahr	301.688	20.287		6,7	

* ohne nachgeordneten Bereich

Anlage 1 c

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich)**

Stichmonat: Oktober 2003

Ressorts einschließlich nachgeordnetem Bereich	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2003	Beschäftigungs- quote Vorjahr	Differenz + / - in Pro- zentpunkten
BPrA	161	9	5,6	5,6	0,0
BK *	419	20	4,8	4,3	0,5
Auswärtiges Amt	2.824	118	4,2	4,2	0,0
BMI <i>ohne</i> <i>Polizeivollzugsbeamte</i> <i>(PVB)</i>	24.235	2.250	9,3	9,5	-0,2
BMI mit PVB	56.397	2.480	4,4	4,5	-0,1
BMJ	3.349	277	8,3	8,1	0,2
BMF	48.698	3.035	6,2	5,9	0,3
BMWA	9.744	710	7,3	7,6	-0,3
BMVEL	5.345	363	6,8	6,8	0,0
BMVg	122.746	10.605	8,6	8,0	0,6
BMFSFJ	1.535	139	9,1	7,9	1,2
BMGS	4.263	345	8,1	7,9	0,2
BMVBW	25.618	1.702	6,6	6,1	0,5
BMU	3.041	270	8,9	8,4	0,5
BMBF	1.033	87	8,4	7,9	0,5
BMZ	623	39	6,3	6,2	0,1
BPA	563	52	9,2	9,3	-0,1
BKM	979	84	8,6	8,4	0,2
Insgesamt	287.338	20.335	7,1	6,7	0,4

* ohne nachgeordneten Bereich

Anlage 1d

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
 (Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich)**

Stichmonat: Oktober 2003

Ressorts ohne nachgeordneten Bereich	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2003	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz + / - in Prozentpunkten
BPrA	161	9	5,6	5,6	0,0
BK	419	20	4,8	4,3	0,5
AA	2.824	118	4,2	4,2	0,0
BMI	1.481	92	6,2	6,0	0,2
BMJ	619	56	9,1	9,3	-0,2
BMF	2.092	202	9,7	9,5	0,2
BMWA	1.866	152	8,1	8,5	-0,4
BMVEL	1.007	76	7,5	7,6	-0,1
BMVg	2.274	130	5,7	4,7	1,0
BMFSFJ	517	47	9,1	7,3	1,8
BMGS	1.162	108	9,3	7,2	2,1
BMVBW	1.628	106	6,5	6,3	0,2
BMU	878	76	8,7	8,8	-0,1
BMBF	1.033	87	8,4	7,9	0,5
BMZ	623	39	6,3	6,2	0,1
BPA	563	52	9,2	9,3	-0,1
BKM	180	13	7,2	5,5	1,7
Insgesamt	19.327	1.383	7,2	6,9	0,3

Anlage 1 e

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht - § 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX)**

Stichmonat: Oktober 2003

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2003	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in Prozentpunkten
1.	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	1	8,3	8,3	0
2.	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	979	64	6,5	6,2	0,3
3.	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank (5%)	2.609	63	2,4	1,9	0,5
4.	Kreditanstalt für Wiederaufbau (5%)	1.867	102	5,5	6,0	-0,5
5.	Versorgungsanstalt deutscher Bezirkschornsteinfegermeister (5%)	16	1	6,3	7,1	-0,8
6.	Bundessteuererkammer (5%)	32	0	0,0	0	
7.	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1.597	134	8,4	8,9	-0,5
8.	Museumsstiftung Post u. Telekommunikation (5%)	116	7	6,0	3,3	2,7
9.	Unfallkasse Post und Telekom (5%)	223	9	4,0	3,2	0,8
10.	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	1.194	61	5,1	5,5	-0,4
11.	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1.206	98	8,1	8,2	-0,1
12.	Bundesinstitut für Risikobewertung	581	43	7,4	0	7,4
13.	Bundesagentur für Arbeit	89.078	7.689	8,6	8,6	0
14.	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (5%) Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen (5%)	29.801	1.826	6,1	5,6	0,5
15.	Landwirtschaftliche Alterskassen (5%)	32	2	6,3	6,5	-0,2
		134	8	6,0	4,4	1,6

noch Anlage 1e

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2003	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in Prozentpunkten
16.	Gewerbliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	21.072	1.395	6,6	6,5	0,1
17.	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	672	41	6,1	5,4	0,7
18.	Bundesknappschaft (5%)	13.927	930	6,7	6,6	0,1
19.	Eisenbahn-Unfallkasse (5%)	180	6	3,3	2,3	1,0
20.	Bahnversicherungsanstalt (5%)	1.303	89	6,8	6,0	0,8
21.	Bundesverband der Ortskrankenkassen (5%)	375	18	4,8	3,9	1,1
22.	Bundesverband der Betriebskrankenkassen	421	24	5,7	6,1	0,4
23.	Bundesverband der Innungskrankenkassen (5%)	252	14	5,6	5,2	0,4
24.	Kassenärztliche Bundesvereinigung	197	7	3,6	4,1	-0,5
25.	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	81	2	2,5	1,2	1,3
26.	Innungskrankenkassen (5%)	1.441	42	2,9	2,0	0,9
27.	Betriebskrankenkassen (5%) gem. § 147 Abs. 2 SGB V	12.220	468	3,8	3,8	0
28.	Angestellten-Ersatzkassen (5%)	43.129	2.689	6,2	5,8	0,4
29.	Arbeiter-Ersatzkassen (5%)	1.908	70	3,7	3,7	0
30.	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen (5%)	90	3	3,3	5,0	-1,7
31.	Landwirtschaftliche Krankenkassen	242	16	6,6	6,0	0,6
32.	Unfallkasse des Bundes	5.255	577	11,0	11,0	0
33.	Bundesinstitut für Berufsbildung	451	21	4,7	3,6	1,1
34.	Deutsche Bibliothek	739	50	6,8	6,5	0,3
35.	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2.054	147	7,2	7,2	0
36.	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (5%)	152	3	2,0	2,0	0
37.	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (5%)	11	0	0,0	0,0	0
38.	Deutsche Bundesbank	14.569	952	6,5	6,0	0,5
	2003	250.218	17.672	7,1		
	2002	251.260	16.723		6,7	
	Differenz zum Vorjahr					0,4

Anlage 1f

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes**

1. November 2002 bis 31. Oktober 2003

Dienststellen	Neueinstellungen ¹		davon		darunter Neueinstellungen von schwerbeh. Menschen / Gleichgestellten		Quote der neu eingestellten schwerbeh. Menschen / Gleichgestellten im Verh. zu allen Neueinstellungen	Erstmalige Anerkennung als Schwerbehinderte(r) / Gleichstellung		Ausgeschiedene Schwerbehinderte / Gleichgestellte bzw. Wegfall der SB- bzw. GL-Eigenschaft		
	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.		insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.
A. Bundesressorts												
BfPR	2	0	2	0	0	0	0	1	0	1	1	0
BK	14	6	8	1	1	0	7,1	1	0	2	1	1
Ausw. Amt	284	128	156	15	6	9	5,3	14	6	22	10	12
BMI	1.742	1.097	645	55	34	21	3,2	299	199	231	130	101
BMJ	166	95	71	8	4	4	4,8	30	17	26	16	10
BMF	876	445	431	80	41	39	9,1	303	215	305	200	105
BMWA	500	286	214	18	12	6	3,6	51	31	76	50	26
BMVEL	345	140	205	32	16	16	9,3	24	9	60	33	27
BMVg	2.970	1.666	1.304	78	47	31	2,6	609	405	797	549	248
BMFSFJ	50	18	32	4	2	2	8,0	15	6	8	2	6
BMG	433	147	286	13	6	7	3,0	23	8	22	9	13
BMVBW	1.546	1.173	373	67	34	33	4,3	133	98	134	90	44
BMU	138	65	73	6	5	1	4,4	8	7	9	7	2
BMBF	79	28	51	5	2	3	6,3	7	3	7	4	3
BMZ	22	12	10	1	1	0	4,6	3	1	6	3	3
BPA	9	3	6	0	0	0	0	4	2	11	5	6
BKM	50	29	21	2	2	0	4,0	4	2	5	4	1
Zwischensumme I	9.226	5.338	3.888	385	213	172	4,2	1.529	1.010	1.722	1.114	608
B. Sonstige Dienststellen												
BVerfG	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BRH	65	37	28	0	0	0	0,0	11	5	8	6	2
BT	242	126	116	5	3	2	2,1	11	5	15	8	7
BR	14	3	11	1	1	0	7,1	2	0	2	1	1
BGH/GBA	73	29	44	2	1	1	6,7	6	2	7	6	1
BVenWG	15	5	10	1	1	0	0,0	1	0	4	1	3
BAG	6	2	4	1	1	0	16,7	1	0	0	0	0
BSG	6	2	4	0	0	0	0,0	4	3	1	1	0
BFH	5	0	5	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
BEV	1	0	1	0	0	0	0	82	74	55	47	8
Zwischensumme II	428	205	223	10	7	3	2,3	118	89	92	70	22
Gesamtsumme	9.654	5.543	4.111	395	220	175	4,1	1.647	1.099	1.814	1.184	630

¹ Zu den Neueinstellungen zählen auch in nicht unerheblichem Umfang Einstellungen auf Stellen des Vollzugsdienstes im Bereich des BMI und des BMF, auf denen schwerbehinderte Menschen grundsätzlich nicht beschäftigt werden können.

Anlage 1g

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes**Berufliche Stellung schwerbehinderter Frauen**

(1. November 2002 bis 31. Oktober 2003)

Dienststellen	Einfacher / Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst (davon in Führungs- positionen)
BPrA	4	0	0
Bund-Länder-Kommission	0	0	0
ChBK	5	0	1 (0)
AA	36	10	3 (1)
BMI	790	119	26 (11)
BMJ	103	5	7 (3)
BMF	829	203	14 (5)
BMWA	206	41	18 (5)
BMVEL	113	21	14 (0)
BMVg	2.245	161	51 (46) ¹
BMFSFJ	36	22	10 (3)
BMGS	96	34	53 (6)
BMVBW	385	63	12 (0)
BEV	37	10	3 (0)
BMU	28	0	1 (0) ²
BMBF	20	4	4 (1)
BMZ	14	4	1 (1)
BPA	24	9	1 (0)
BKM	3	2	1 (0) ²
BRH	14	10	0
BT	49	12	2 (1)
BR	4	0	1 (0)
BVerfG	1	2	0
BGH/GBA	29	1	1 (0)
BVerwG	6	1	1 (0)
BAG	3	1	0
BSG	9	0	1 (0)
BFH	5	1	0
Deutsche Bundesbank	292	40	4 (0)

¹ Referentinnen/Dezernentinnen, Referats-/Dezernatsleiterinnen, (stv.) Dienststellenleiterinnen² ohne nachgeordneten Bereich

Anlage 1h

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und
Blindenwerkstätten
 Kalenderjahr 2003

Dienststellen	Auftragsvergabe an		Gesamtvolumen anrechenbarer Beträge €
	Werkstätten für behinderte Menschen	Blindenwerkstätten	
A. Bundesressorts			
BPrA	6.902,57	0,00	6.902,57
BK	9.019,25	0,00	9.019,25
Ausw. Amt	0,00	1.648,41	1.648,41
BMI	4.044,28	208.812,42	212.856,70
BMJ	48.080,96	929,95	49.010,91
BMF	248.625,01	25.671,61	274.296,62
BMWA	407.091,52	5.342,72	412.434,24
BMVEL	50.690,50	5.632,94	56.323,44
BMVg	207.530,00	116.966,00	324.496,00
BMFSFJ	45.115,98	0,00	45.115,98
BMGS	3.434,70	16.110,80	19.545,50
BMVBW	121.460,34	115.694,44	237.154,78
BMU	1.760,36	0,00	1.760,36
BMBF	200.232,04	1.050,37	201.282,41
BMZ	0,00	660,88	660,88
BPA	0,00	0,00	0,00
BKM	857,07	1.738,00	2.595,07
Zwischensumme I	1.354.844,58	500.258,54	1.855.103,12
B. Sonstige Bundesdienststellen			
BVerfG	265,36	0,00	265,36
BRH	0,00	0,00	0,00
BT	256.795,81	0,00	256.795,81
BR	0,00	2.205,00	2.205,00
BGH/GBA	0,00	403,61	403,61
BVerwG	0,00	0,00	0,00
BAG	56.185,44	920,99	57.106,43
BSG	98,13	675,09	773,22
BFH	1.232,48	556,63	1.789,11
BEV	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme II	314.577,22	4.761,32	319.338,54
Gesamtsumme	1.669.421,80	505.019,86	2.174.441,66